

Informationsvorlage

**Drucksache
Nr. 2020/263**

Beratungsfolge			Abstimmung
Gremium		Datum	
Hauptausschuss	öffentlich	30.11.2020	Kenntnisnahme

Maßnahmen am Wertstoffcontainerstandort "Weißes Bild" – Antrag der SPD, AT 2020/009

I. Information

Die Stadt errichtet zur Überwachung der illegalen Müllablagerungen und zur Reduzierung des wilden Mülls am Wertstoffcontainerstandort „Weißes Bild“ eine Videoüberwachung.

1. Ausgangssituation

In den jährlichen Stadtreinigungsberichten wird seit mehreren Jahren der Wertstoffcontainerplatz „Weißes Bild“ als Top-Schwerpunkt wilder Müllablagerungen benannt. Im April 2019 wurde der Standort daher besser ausgeleuchtet, um eine Verringerung der wilden Müllablagerungen zu erreichen. Ebenso wurden die Kontrollen durch den Ordnungsdienst verstärkt, inzwischen ist der Standort sogar im täglichen Bestreifungsplan etabliert. Trotz dieser Maßnahmen wurde das Problem nicht behoben, denn auch in diesem Jahr weist der Standort eine enorm hohe Vermüllung auf und bleibt damit weiterhin Schwerpunkt.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landratsamts Biberach ist für die Leerung und Reinigung der Containerstandorte als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zuständig. Seit 2015 sind damit private Entsorgungsfirmen beauftragt. Der Standort wird bereits zwei bis drei Mal pro Woche je nach Bedarf geleert und gereinigt. Eine Erhöhung des Abfuhrhythmus ist nur teilweise zielführend, da der illegal abgelagerte Müll überwiegend keinen Zusammenhang mit den Wertstoffcontainern aufweist.

2. Aktueller Sachstand

Zur Reduzierung der wilden Müllablagerungen sowie zur Überführung der Verursacher forciert die Stadt seit Sommer dieses Jahres eine Videoüberwachung. Die Maßnahme wurde mit dem Hauptamt, dem Baubetriebsamt, dem Prüfungsamt und der Datenschutzbeauftragten abgestimmt.

Der Bereich der Müllcontainer wird künftig mit drei Kameras überwacht. Die Videoüberwachung ist zunächst rund um die Uhr geplant, da sowohl tagsüber als auch nachts wilde Müllablagerungen stattfinden. Die Speicherdauer der Aufnahmen wird auf eine Woche festgelegt. Zugriff auf die Daten hat nur eine definierte und schriftlich fixierte Personengruppe städtischer Mitarbeiter. Die-

se haben im Verdachtsfall bzw. im Fall erfolgter illegaler Müllablagerungen die Möglichkeit die Daten zu sichten und entsprechend ein Bußgeldverfahren einzuleiten.

Die Aufträge zur Installation der Videoüberwachung wurden bereits erteilt. Die Montage und Inbetriebnahme der Kameras sowie der Lichtmasten erfolgt durch die Firma ITK Systeme Wiest, Bad Wurzach.

3. Datenschutz

Die Beobachtung öffentlich zugänglicher Räume mittels Videoüberwachung ist zulässig, wenn dies im Rahmen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben erforderlich ist, um öffentliche Einrichtungen zu schützen. Die Videoüberwachung ist zur Aufrechterhaltung der Funktionstüchtigkeit und zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Benutzung des Wertstoffcontainerstandorts sowie zur Verhinderung illegaler Ablagerungen erforderlich. Mildere Maßnahmen, wie eine bessere Beleuchtung oder stärkere Kontrollen, wurden bereits umgesetzt und haben nicht zum Ziel geführt. Die Überwachung liegt im öffentlichen Interesse, um die Individualrechtsgüter und Rechtsgüter der Allgemeinheit zu schützen.

Die geplante Videoüberwachung entspricht den rechtlichen Vorgaben des Landesdatenschutzgesetzes Baden-Württemberg und ist mit der städtischen Datenschutzbeauftragten abgestimmt.

4. Kosten

Die einmaligen Kosten der Maßnahme belaufen sich auf insgesamt ca. 21.700,00 € inkl. Mehrwertsteuer. Dabei beinhaltet die Kostenschätzung folgende Positionen:

Tiefbauarbeiten	2.500,00 €
Elektroarbeiten	3.500,00 €
Stromanschluss	2.300,00 €
Kameras	10.000,00 €
Lichtmasten	1.700,00 €
Firewall	1.700,00 €
<hr/>	
Gesamtkosten	21.700,00 €

Für diese Maßnahme waren im Haushalt 2020 keine Mittel vorgesehen. Die benötigten Mittel werden außerplanmäßig im Ergebnishaushalt des Ordnungsamts (KTR 12200000, KST 32200100, SK 4271320 Maßnahmen Ortspolizeibehörde) in Verwaltungszuständigkeit bereitgestellt.

5. Ausblick

Durch diese Maßnahme sollen zum einen wilde Müllablagerungen reduziert und zum anderen die Verursacher ordnungsrechtlich belangt werden, um das Entsorgungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger aufrecht erhalten zu können. Zusätzlich bleibt zu hoffen, dass das geplante Recyclingzentrum Mittelbiberacher Steige künftig zur Entlastung der Containerstandorte und zur Reduzierung illegaler Müllablagerungen beiträgt.

Seitz

Anlage

Antrag der SPD-Fraktion - AT 2020-009